



Bern, 28. Juni 2017

Adressat/in:
die Kantonsregierungen

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Regierungsmitglieder

Der Bundesrat hat das EDI am 28. Juni 2017 beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum **19. Oktober 2017**.

Die vorliegende Änderung setzt die vom Parlament angenommene Motion Bischofberger (15.5147) um, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, die Franchisen an die Kostenentwicklung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anzupassen.

Wir laden Sie ein, zur Gesetzesänderung und zu den Ausführungen im erläuternden Bericht Stellung zu nehmen. Das Vernehmlassungsverfahren wird elektronisch durchgeführt

Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>.

Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen, wenn möglich, elektronisch (**bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version**) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende Email-Adressen zu senden:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch

Wir möchten Sie bitten, uns den Namen und die Kontaktdaten der bei Ihnen zuständigen Person mitzuteilen.



Zur Beantwortung allfälliger Fragen steht Ihnen Frau Patricia Mäder (Tel. 058 465 57 78; patricia.maeder@bag.admin.ch) zur Verfügung.

Besten Dank für Ihre Bemühungen

Freundliche Grüsse

Alain Berset
Bundesrat

Beilagen:

- Entwurf und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten